



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

P/KVI/56 - 8. März 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	<u>Verlorene Jahre</u> Von Waldemar von Knoeringen, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	145
4	<u>Empörung und Abscheu</u> Scharfe Kritik der demokratischen Presse Skandinaviens an den Verleumdungen gegen Willy Brandt	53
5 - 5a	<u>Internationale Partnerschaft und Entwicklungshilfe</u> Erfahrungen und Ausblicke nach einer Berliner Tagung	78
6	<u>Verhaftet und spurlos verschwunden</u> Wer kümmert sich um den Boten Grietzel? Menschliche Tragödien zwischen Bonn und Warschau	53

\* \* \* \* \*

## Verlorene Jahre

Von Waldemar von Knoeringen,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Für die Bundesrepublik gelten innenpolitisch andere Maßstäbe als für die Vereinigten Staaten. Diese Feststellung ist für uns in der Regel kein Grund, innenpolitische Vorgänge in den USA nur gering oder überhaupt nicht zu beachten. Eine die Regel bestätigende Ausnahme ist das Erziehungsprogramm der neuen amerikanischen Regierung, das von der deutschen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen und über das, im Gegensatz zu anderen Vorgängen in den USA, auch wenig geschrieben wurde. Dabei lassen die Begründung und die rasche Vorlage dieses Programms deutlich werden, dass die Regierung Kennedy die Bedeutung der Erziehungsfragen erkannt hat, und dass sie entschlossen ist, aus ihrer Einsicht die regierungspolitischen Konsequenzen zu ziehen.

### Schneller Vorstoß in den USA

"Unser Fortschritt als Nation kann nicht schneller sein als unser Fortschritt auf dem Gebiet der Erziehung... Der menschliche Geist ist unser größtes Reichtum. Ein ausgewogenes Bundesprogramm zur Förderung der geistigen Entwicklung muss weit über die Förderung und Ermutigung von Schulhausbauten und Schulanlagen hinausgehen. Es muss wirksame Massnahmen zur Förderung von Investitionen im Menschen selber enthalten... Unser zweifaches Ziel muss es sein, einen neuen Wertbegriff in der Erziehung zu schaffen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass diese höchsten Ziele allen zugänglich sind, die fähig und willens sind, sich um sie zu bewerben."

Mit diesen Sätzen hat Präsident Kennedy sein dem Kongress vorgelegtes Programm für den Ausbau des amerikanischen Erziehungswesens begründet. Im Mittelpunkt stehen ein Dreijahresprogramm für den Ausbau der Primar- und Sekundarschulen und für eine bessere Besoldung des Lehrkörpers, Fünfjahresprogramme für den Wohnungsbau der Hochschulen, für den Ausbau von Instituten, Hörsälen und Laboratorien und zur Förderung talentierter und bedürftiger Jugendlicher.

Wenn Präsident Kennedy vier Wochen nach Regierungsbeginn ein Erziehungsprogramm vorlegen konnte, dessen Einschätzung des durchaus Möglichen und dessen Entschlossenheit für das unbedingt Notwendige gleichhoch einzustufen sind, so ist das ein Beweis für die Gründlichkeit, mit der sich die Demokratische Partei der USA auf ihre Regierungszeit vorbereitet hat. Noch eindrucksvoller ist für uns die Tatsache, dass sich Präsident Kennedy durch die aktuellen Fragen der Tagespolitik nicht davon ablenken lässt, die fundamentalen Voraussetzungen für die Aufwärtsentwicklung einer Nation und die Vorbedingungen für eine Überlegenheit der freien Welt in der nichtmilitärischen Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Totalitarismus zu schaffen.

### Ein Vergleich

Amerika, du hast es besser. Dieser Satz gilt heute allgemein bei einem Vergleich der deutschen mit der amerikanischen Politik, und er gilt in besonderen bei einem Vergleich der Kulturpolitik der beiden Länder. In den Vereinigten Staaten erleben wir einen neuen dynamischen Stil in der Politik, verbunden mit einer nüchternen Einschätzung der

eigenen Position, in der Bundesrepublik verspüren wir dagegen täglich die zunehmende Erstarrung einer Regierung, die ihren Mangel an Mut zur Initiative und ihren Willen zur konservativer Grundhaltung hinter der Plaketaufschrift versteckt: "Sicher ist sicher - CDU".

Wohin dieser CDU-Appell an die Angst des Menschen führt, erweist sich am Beispiel der Kulturpolitik. Was Kennedy bereits nach vier Wochen Regierungszeit möglich war - die Vorlage eines detaillierten Programms für einen umfassenden Ausbau des Erziehungswesens - das hat die CDU in zwölf langen Regierungsjahren nicht zustandebringen können. Obwohl als Regierungspartei zur Initiative verpflichtet, verzichtete die CDU bis heute auf ein Bildungsprogramm, das den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird. Man kann deshalb der CDU heute den Vorwurf nicht ersparen, dass sie auf dem Gebiet unseres Bildungswesens versagt hat. Der Sozialdemokratie blieb es nicht nur überlassen, immer wieder die Initiative zu ergreifen und auf die Dringlichkeit eines alle Länder umfassenden und auf Jahre hinaus abgestelltes Programm hinzuweisen, die CDU verstieg sich nach der Veröffentlichung der sozialdemokratischen Vorschläge auch zu der absurden Behauptung, die Verwirklichung des SPD-Programmes gehe "zu Lasten von Sicherheit und Verteidigung."

#### Unverbindliche Erklärungen genügen nicht

Es ist interessant zu beobachten, wie die Kulturpolitiker der CDU sich seit einigen Wochen bemühen, durch unverbindliche Aussagen die Tatenlosigkeit der CDU in Bildungsfragen zu verschleiern. So hat der für die fehlende CDU-Initiative mitverantwortliche CDU-Abgeordnete Dr. Martin unlängst erklärt: "Freiheit und Wohlstand der Gesellschaft hängen von den Leistungen der Wissenschaft ab. Die industrielle Gesellschaft verlangt eine ständige Verbreiterung der Bildung. Notwendig steht die Kulturpolitik im Brennpunkt der weltweiten Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus."

Wem sagt Dr. Martin das eigentlich? Die Sozialdemokratie kann er nicht meinen, denn die in diesen Sätzen dargelegte Auffassung ist spätestens seit dem Münchner Parteitag 1956 untrennbarer Bestandteil sozialdemokratischer Politik. Will also Dr. Martin die CDU-Fraktion vor der Notwendigkeit kulturpolitischer Initiativen überzeugen? Dann kann man ihm nur wünschen, dass er besseren Erfolg hat als die SPD in den vergangenen Jahren. Wenn aber Dr. Martin meinen sollte, seine Sätze genügten, um in der Öffentlichkeit nachzuweisen, die CDU habe erkannt, was zur Förderung von Erziehung und Bildung notwendig ist, dann müssen die Sozialdemokraten antworten: Unverbindliche Sätze genügen nicht! Was die junge amerikanische Regierung in vier Wochen vorgelegt, was die Sozialdemokratie seit Jahren vorgeschlagen hat,

das erwarten wir von der CDU am Ende ihrer zwölfjährigen Regierungszeit: klare, vor allem aber verbindliche, besonders aber finanzielle Zusagen für die grosse Reform des deutschen Erziehungswesens in engster Zusammenarbeit der Länder und mit Unterstützung des Bundes.

Allzugern beruft sich die CDU auf das Gutachten des Wissenschaftsrates mit Formulierungen, die den Eindruck erwecken, alle Probleme der Kulturpolitik seien mit der Vorlage dieses Gutachtens gelöst. Damit wird denen, die dieses Gutachten erstellt haben, der denkbar schlechteste Dienst erwiesen. Abgesehen davon, dass die CDU am Zustandekommen dieses Gutachtens von allen Beteiligten mit dem geringsten Anteil hat, wartet die Öffentlichkeit seit der Bekanntgabe des Gutachtens auf eine verbindliche Erklärung der CDU, welche Mittel bereitzustellen sie gewillt ist, um zur Verwirklichung der Vorschläge des Gutachtens beizutragen.

#### Kulturhoheit der Länder ist kein Hemmnis

Kein Zweifel, dass auch die Länder in der Kulturpolitik grössere Anstrengungen als bisher unternehmen müssen. Sie bedürfen einer schnelleren Aktionsfähigkeit und sie sollten von sich aus mehr tun, um mit dem Bund über die Finanzierung eines Bildungsprogrammes ins Gespräch zu kommen. Was der Wissenschaftsrat für den Bereich von Wissenschaft und Forschung zuwege brachte, das müssen die Länder in jenen Bereichen der Kulturpolitik verwirklichen, in denen sie allein zuständig sind. Unsere Bemühungen, die 1955 eingeleiteten Bedarfsplanungen der Länder fortzuführen, um wenigstens die Grundlage für eine umfassende Planung zu schaffen, sind bis heute unbeachtet geblieben. Das amerikanische Beispiel verdient auch bei uns Beachtung. Präsident Kennedy hat darauf hingewiesen, dass die amerikanische Bundesregierung bereit sei, finanziell zu helfen, zugleich hat der Präsident betont, dass das Erziehungswesen eine Angelegenheit der Staaten und Gemeinden bleiben solle. Auch in der Bundesrepublik braucht die Kulturhoheit der Länder, guten Willen vorausgesetzt, kein Hemmnis für eine wirksame Unterstützung des Bundes zu sein.

Nach den in den letzten Wochen geführten Verhandlungen über die künftige finanzielle Belastung der Bundesrepublik wissen wir, dass die CDU die günstigste Zeit für die Verwirklichung eines umfassenden Erziehungsprogrammes tatenlos hat verstreichen lassen. Will eine künftige Bundesregierung die deutsche Position in der Weltpolitik in ihren Fundamenten absichern, dann kann sie auch bei einer ungünstigeren Finanzlage als in den vergangenen Jahren an der längst fälligen Förderung des Erziehungswesens nicht vorbeigehen. Leider ist nicht zu erwarten, dass eine verbrauchte und für Initiativen zu müde gewordene CDU den Mut aufbringen wird, in einer ungünstigeren Finanzsituation als heute das zu vollbringen, was sie in zwölf Jahren zu erreichen nicht die Kraft oder den Willen hatte. Das Beispiel der Kulturpolitik, auch der Vergleich mit dem, was eine dynamische neue Regierung in Amerika für das Erziehungswesen unternommen hat, ist der beste Beweis dafür, dass es die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie ist, die unbeweglich und kraftlos gewordene CDU abzulösen, um durch eine dynamische Politik in Angriff zu nehmen, was innenpolitisch bis heute versäumt wurde, und dessen Verwirklichung notwendig ist, um als Volk, um als Nation bestehen zu können.

+ + +

- 4 -

Der Artikel erscheint im "Vorwärts" dieser Woche

Empörung und Abscheu

Chr.W. - Stockholm

Die Bundesrepublik ist jetzt in den Blickpunkt der Skandinavier gerückt worden. Leider durch einen höchst traurigen Anlass, nämlich durch die schmutzigen Behauptungen und Verleumdungen gegen Willy Brandt. Dürfte die Art und Weise, wie der Angriff gegen den Kanzlerkandidaten vorgetragen wurde, schon einige Verwunderung im Ausland hervorrufen - in Skandinavien spricht man in diesem Zusammenhang ganz offen von einem Rückfall in Methoden der politischen Auseinandersetzung, von denen man glaubte, dass sie längst vergessen seien - so empfindet man in Skandinavien die ungerechtfertigte Kritik umso stärker, gilt doch die Auseinandersetzung jener Zeit, die der heutige Berliner Regierende Bürgermeister in den nordischen Ländern verbracht hat. So mag es auch nicht wunder nehmen, wenn die gesamte demokratische Presse der nordischen Länder auf das Thema eingeht. Und was vielleicht noch mehr bezeichnend und für den fälschlich beschuldigten Brandt umso erfreulicher sein mag, alle Blätter, von der überregionalen Arbeiterpresse über die liberalen und konservativen Zeitungen bis hin zur Provinzpresse sind sich darüber einig, dass die Angriffe vollkommen ungerechtfertigt sind und jeder Grundlage entbehren.

Die führenden Organe des Nordens befassen sich zumeist in Leitartikeln und bissigen Karikaturen sowie mit Leserstimmen mit dem "Fall". Typisch mag die Reaktion der grössten skandinavischen Tageszeitung "Expresen", Stockholm (liberal) sein. Der bekannte Zeichner des Blattes stellt die Angreifer Brandts als 'unverbesserliche Nazis' dar, die das Plakat mit dem Kopf Brandts besudeln: "Pfui, er war gegen den Nazismus, also war er gegen uns!" Die grösste Erbitterung und erneuten Zweifel an der jungen Demokratie in Westdeutschland hat es jedoch hervorgerufen, dass es wieder möglich sein soll, dass politische Gegner der Sozialdemokratie mit derart unsauberen Methoden vorgehen können, um Wählerstimmen zu fangen. Dies wird hier mit offensichtlicher Irritation aufgenommen. Unter dem Titel 'Eine Schande für Westdeutschland' widmet das norwegische Regierungsorgan "Arbeiderbladet" (sozialistisch) dem Fall einen zwispaltigen Leitartikel. Das Blatt fragt: "Sollten die nationalistischen Strömungen, die Hitler an die Macht führten, tatsächlich wieder entfesselt werden, um einen politischen Gegner im Wahlkampf zu schlagen? Verstehen die führenden Männer in Adenauers Partei denn nicht, dass es sich nicht um ein paar mehr oder weniger Stimmen für Brandt dreht, sondern um das Ansehen, das Westdeutschland in Norwegen und anderen demokratischen Ländern genießt?" Das Blatt fährt an anderer Stelle fort: "Was uns allen trotz allem die Hoffnung auf ein besseres Deutschland gab, selbst in den dunkelsten Stunden, als Hitlers Verbrecherbande und die nazistischen Kriegsetzer Deutschland 'repräsentierten', waren Willy Brandt und andere aufrechte Patrioten. Sie erst haben den Grund dazu gelegt für die spätere Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern. Die Deutschen sollen selbst entscheiden, wer ihr Land regieren soll. Doch wenn sie sich den Respekt und das Ansehen ausserhalb der eigenen Grenzen erhalten wollen, sei klar ausgesprochen, dass man mit Methoden, die man jetzt gegen Brandt angewendet hat, Schluss machen muss. Was in Deutschland nunmehr in den Schmutz getreten wurde, ist die deutsche Demokratie! Deshalb wird die weitere Entwicklung der Dinge in Westdeutschland überall im Auslande mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen". Die führende norwegische Oppositionszeitung "Verdens Gang" vermutet, dass man in Westdeutschlands Regierungspartei "Angst vor der makellosen Vergangenheit Willy Brandts" habe. "Es wäre nur zu wünschen, wenn mehr Vordergrundfiguren im heutigen Westdeutschland eine ähnliche Vergangenheit hätten, wie der Regierende Bürgermeister von Westberlin".

Internationale Partnerschaft und Entwicklungshilfe

H.G.S. - Berlin

Die Menschheit ist trotz aller ihrer politischen Spannungen näher zusammengedrückt. Die Meinung, es handele sich bei Entwicklungshilfen "vor allem um finanzielle Investitionen, die das wirtschaftlich noch hilfsbedürftige Land in sich aufsauge wie ein Schwamm das Wasser" muss korrigiert werden, so schrieb dieser Tage der Sekretär der "Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer". Das internationale Expertentreffen dieser Stiftung für Entwicklungsländer, das mit Hilfe der Ford-Stiftung durchgeführt wurde, hat in Berlin gezeigt, dass im Geiste der UN wirklich nur "eine Welt und eine Menschheit" das Bild von morgen ausmachen kann.

Der Direktor des Sonderfonds der UK, Paul G. Hoffmann, forderte, dass die Vereinten Nationen viel mehr als bisher zum Maßstab und Instrument der Entwicklungshilfe werden. 50 Experten aus zwölf Ländern haben in Berlin diese fromme Botschaft gehört, ob ihnen allen der Glaube daran fehlte, vermag nicht beurteilt zu werden. Zweifel gibt es genug in dieser Welt der Spannungen.

Eines ist deutlich im Vordergrund: Entwicklungshilfe steht an einem Punkt, der ohne Koordination nicht zu durchlaufen ist. Entwicklungshilfe ist nicht nur Hilfe, sondern auch Förderung der Entwicklung. Damit wird sie mehr und mehr zu einer Personalfrage, zu einer Sozial-Bildungsaufgabe der Führungskräfte.

Hilfsbedürftige Länder der Welt wollen sich heute selbst entfalten können, wenn auch mit Hilfen und Anleitungen. Des "weissen Mannes Bürde", wie noch der romantische Kolonialidealist Rudyard Kipling in einem berühmten Gedicht formulieren konnte, besteht heute darin, nicht mehr zu kolonialisieren (nach innen und aussen), sondern zu helfen im eigensten Interesse. Das bedeutet personelle Investition, Einsatz von förderlichen Menschen mit weltweiten Perspektiven und dem entschlossenen humanistischen Einzelwillen, der Gesamtheit zu dienen.

Experten aus USA, Grossbritannien, Schweden, Frankreich, Italien, der Schweiz, Indien, Pakistan, Australien, Ceylon und anderen Ländern haben in Berlin einmal mehr überzeugend feststellen können, was ein skandinavischer Teilnehmer in die Feststellung fasste, dass Kooperation der

Entwicklungshilfe und der Gedanke der Vereinten Nationen sich stärker durchdringen. "Geist der UN erfüllt sich auch in der OEBC", so heisst das in der amerikanischen Kürzungsvokabel-Sprache unserer Tage. Dennoch gibt es auch hier keine "Weltregierung", keine globale Steuerung. Das Interesse der Bundesrepublik an solchen wirtschaftlichen und personellen Durchdringungen (nach einer längst beendeten Epoche deutscher kaiserlicher Kolonialpolitik) liegt auf der Hand und drückte sich ja auch bei dem Bonner Empfang der Experten durch Bundeswirtschaftsminister Erhard aus. Der Bund der Steuerzahler hat sogar an alle Bundestagsabgeordneten Fragebogen versandt, um zu erforschen, welche Abgeordneten zugunsten der Entwicklungshilfe einer Steuererhöhung zustimmen würden. So fühlt auch der "letzte Mann im Volke" noch Last und Aufgabe der Entwicklungshilfe, die eine eigene Möglichkeit darstellt und derzeit auch unter der neugeschaffenen Problematik der Erhöhung des DM-Kurses betrachtet werden sollte.

Die Berliner Tagung hat den Blick - nach diesen bekannten Momenten - auf ein neues gelenkt: Die Personalfrage und die soziale Bedeutung der technischen Hilfeleistung. Die sozialen Konsequenzen der personellen Entwicklungshilfe stellen eine Aufgabe dar, die bisher ungenügend bearbeitet wurde. Unter welchen Aspekten gehen heute etwa auch Deutsche ins Ausland und aus welchen Motiven?

In Hamburg wurde kürzlich beschlossen, dass zehn Institutionen für Entwicklungshilfen Vorbereitungsseminarien, also "Schulungskurse" für Deutsche in dieser Arbeit durchführen wollen. Die asiatischen und afrikanischen Staaten stehen da im Vordergrund des Betrachtungskreises. Wird man auch den sozialen Fragen, den kommunalpolitischen und den gesellschaftlichen Bezügen grössere Aufmerksamkeit dabei zuwenden, oder es bei philologischen, ethnographischen, geographischen und nationalpolitischen Grundtatsachen und ihrem Studium belassen? Wird man mit "deutschem Akademismus" vorgehen?

Es gibt heute 170 Institutionen, die sich in Deutschland allein mit diesem Thema befassen. Die Berliner Tagung und ihre Folgegespräche, die eingeleitet wurden, zu dem auch die Berliner "Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer" in Berlin-Tegel, Reichenwerder, beeinflussend beitragen wird, führte glücklicherweise aus dem einseitig nationalen Aspekt des Wirtschaftswunders hinaus und in seine tiefere Verantwortlichkeit: Chancen internationaler Zusammenarbeit, Kooperation privater, gesellschaftlicher, staatlicher und überstaatlicher Institutionen lassen sich gemeinsam technisch vorbereiten und wahrnehmen. Die Entwicklungsländer sind zur Selbsthilfe aufgerufen (Paul G. Hoffmann). Die Helfer sind aufgerufen, Hygiene in den Fragen der politischen Beeinflussung und der eigenen wirtschaftlichen Vorteile zu halten. Altruismus und soziales Denken ist gerade von den Helfern gefordert.

Werden sie in unserer Welt zu verwirklichen sein? Hier liegt die "innere Atomkraft" ohne atomare Gewalten in der Ökonomie einer Menschheit in unseren Tagen.



Verhaftet und spurlos verschwunden

sp - Anfang Juli 1960 ging der Kieler Seelotse Georg G r i e b e l, Aldermann der deutschen Ostseelotsen in Kiel-Holtenau, an Bord des 9 181 BRT grossen liberianischen Turbinentankers "Nicki". Er lotste das Schiff nach Danzig, wurde dort von polnischen Sicherheitsbehörden von Bord geholt und ist seitdem spurlos verschwunden. Keine amtliche Stelle der Landesregierung in Kiel oder der Bundesregierung hat sich bisher um die Aufklärung des Falles Griebel in Polen gekümmert. Niemand hat der Gattin und der Tochter des Lot- sen in den zurückliegenden acht Monaten mitgeteilt, was nun im einzelnen mit ihrem Mann geschehen ist. Eine diplomatische Sünderrung lässt sich nicht vor- nehmen, da zwischen Bonn und Warschau keine diplomatischen Beziehungen be- stehen.

Als der Tanker am 21. Juli 1960 aus Danzig kommend wieder im Kiel-Hol- tanau, der Schleuse des Nordostseekanals eintraf, machte der Kapitän des Tankers von sich aus keine Mitteilung, aber die wartende Frau Griebel be- nachrichtigte die Polizei. Beamte fuhren in der Nacht nach Brunsbüttelkoog und vernahmen die Besatzung, ohne jedoch näheres zu erfahren. Man berichte- te nur, dass Griebel von Bord geholt wurde. Das Deutsche Rote Kreuz, das sich einschaltete, bekam am 9. September 1960 lapidar die telegrafische Mit- teilung: "Der Lotse Georg Griebel ist am 1.7.1960 von der Militärstaatsan- waltschaft in Danzig verhaftet worden. Die Untersuchungen dauern noch an".

Einige geringe Hinweise brachte der Überseelotse Albert Götttsch dann am 16.2.1961 aus Stettin mit. Er war dort von unbekanntem Tätern niederge- schlagen worden, meldete der polnischen Polizei diese Tatsache und wurde darauf von der Spionageabteilung der Staatspolizei 18 Stunden lang ver- hört. Immer wieder fragten die Vernehmungsbeamten nach Georg Griebel. Sie suchten Beweise für eine Verbindung zwischen Götttsch und Griebel. Das Wort Spionage fiel. Man sagte Götttsch, er habe einer Aussage von Griebel zufol- ge Dokumente von Polen nach Deutschland schmuggeln sollen. Götttsch bestritt das und wurde wieder auf freien Fuss gesetzt.

Es gibt noch eine weitere Serie von Fällen, wonach deutsche Seeleute und Lotsen in polnischen Häfen verhaftet, verhaftet und auch vorübergehend eingesperrt worden sind. Am 2. Mai 1960 hatten die polnischen Behörden den Kapitän Heinrich Schriewer in Stettin von Bord seines 473 taw grossen Küsten- motorschiffs geholt. Er wurde vom Wojewodschaftsgericht in Stettin zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er am 2. Mai nach einem Wortwechsel mit einem Stettiner Hafenbeamten gesagt haben soll: "Sie können sagen, was Sie wollen, Stettin ist deutsch. Der gegenwärtige Zustand wird nicht mehr lan- ge dauern. Wir werden zurückkommen und Euch polnischen Schweinen Ordnung beibringen".

Es ist durchaus möglich, dass deutsche Seeleute in polnischen Häfen einmal schuldhaft handeln, so wie es in allen Häfen der Welt geschieht. Es sollte aber davon ausgegangen werden, dass den deutschen Seeleuten ein ordentlicher Rechtsbeistand zur Seite gegeben wird, wenn sie sich gegen die polnischen Gesetze vergangen haben sollten. Auf alle Fälle aber soll- ten die Angehörigen, die ja wie im Fall Griebel oft viele Monate lang im Ungewissen bleiben, sofort vollständig und laufend informiert werden.

Der beste Weg zur Lösung dieser menschlichen Probleme würde natürlich in der Herstellung diplomatischer Kontakte zwischen Bonn und Warschau be- stehen. Aber vielleicht liesse sich vorerst hier eine Schutzmacht in War- schau mit der Klärung der genannten und mancher anderen Fälle beauftragen. Auf alle Fälle, so scheint uns, müsste nun das Auswärtige Amt in Bonn schon wegen des Lotsen Griebel aktiv werden.